

II-631 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 329/3

1980 -02- 1.1

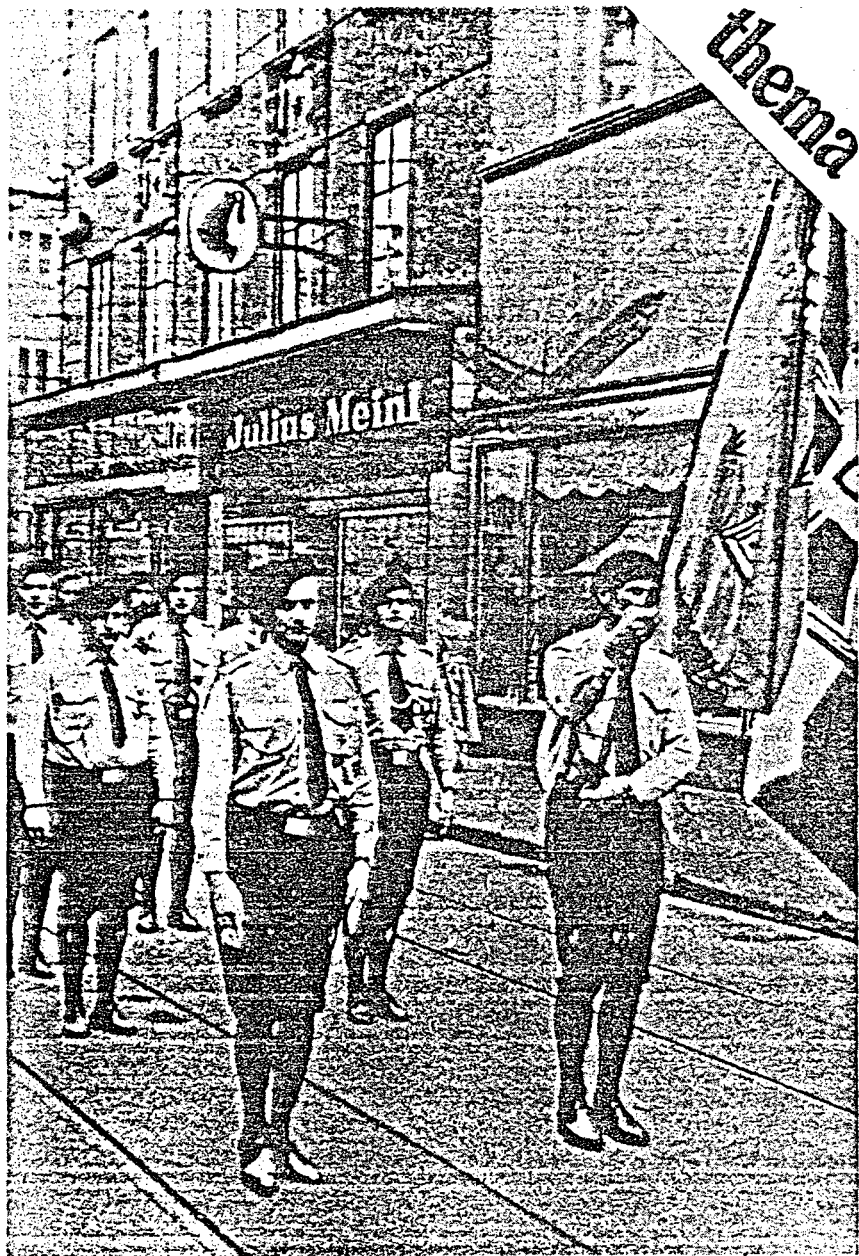
A n f r a g e

der Abgeordneten Marsch, Blecha
und Genossen

an den Bundesminister für Justiz

betreffend die Vornahme einer Hausdurchsuchung im Zentral-
sekretariat der SPÖ

Vor einem Jahr erschien unter dem Titel "Gefahr von rechts"
eine Broschüre mit folgendem Wortlaut:



Wolfgang Neugebauer

Gefahr von rechts

Gefahr von rechts

Wolfgang Neugebauer

Inhalt

Einleitung	3
Entwicklung des Rechtsradikalismus	5
Zum Begriff Neofaschismus	8
Die Organisation des Rechtsradikalismus	9
Methoden rechtsradikaler Aktivität	17
Ausländische Einflüsse und internationale Verbindungen	18
Die FPÖ	21
Die ÖVP und bürgerliche Randgruppen	24
Rechtsblock in Österreich	28
Faschistoide Einstellung in Teilen der Bevölkerung	29
Die Gefahren von rechts und ihre Bekämpfung	30

Februar 1979

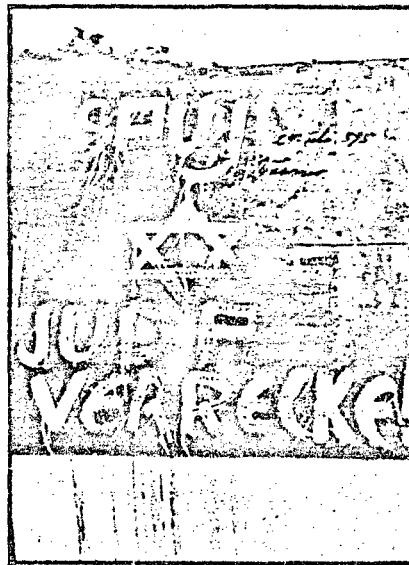
Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Dr. Karl-Renner-Institut. Für den Inhalt verantwortlich: Karl Kerschhofer, redaktionelle Gestaltung: A.K. Konecny. Alle: 1120 Wien, Khlesplatz 12. Satz: Schreibbüro Kitty Bastecky, 1080 Wien, Lange Gasse 70/4. Druck: Vorwärts AG, 1056 Wien, Rechte Wienzeile 97.

Die sozialistische Bewegung hat aus ihrer leidvollen Geschichte erfahren, daß es notwendig ist, den Anfängen des Faschismus zu wehren. Sie wendet sich aber nicht nur gegen Gruppen, die offen faschistisches Gedankengut vertreten, sondern auch gegen alle Versuche reaktionärer Kräfte, demokratische Rechte abzubauen oder rechtsstaatliche Garantien aufzuheben.

Daher ist sie auch wachsam gegenüber rechtskonservativen Bewegungen, die – ähnlich wie ihre Vorgänger – ihr gestörtes Verhältnis zur Demokratie durch kaum verhüllte Sympathien für Rechtsdiktaturen und den Kolonialismus alter und neuer Prägung in verschiedenen Teilen der Welt erkennen lassen.

Freiheit und Demokratie können niemals mit undemokratischen, autoritären Methoden erhalten und bewahrt werden. Deshalb müssen sie rechtzeitig und kraftvoll gegen alle Angriffe verteidigt werden.

(Aus dem Programm der SPÖ)



Antisemitische Schmiererei am Sigmund Freud-Denkmal in Wien XIX im August 1977

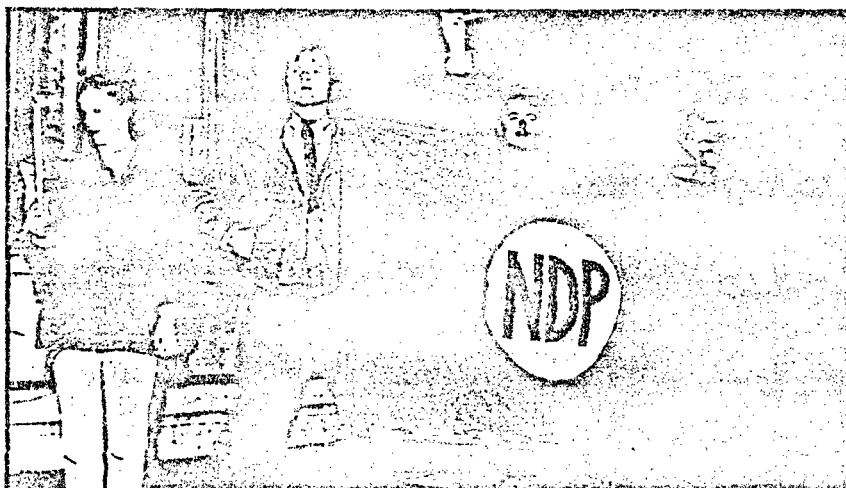
Österreichs Sozialisten haben guten Grund, gegenüber Gefahren von rechts hellhörig zu sein, fiel doch ihre Bewegung 1934 dem Faschismus zum Opfer. Die Erste Republik wurde nicht allein von Faschisten zerstört; die Christlichsoziale Partei – seit 1920 im Bündnis mit anderen

bürgerlichen Parteien („Bürgerblock“) an der Regierung – hatte daran entscheidenden Anteil. Ihre führenden Politiker verbündeten sich mit in- und ausländischen faschistischen Kräften und richteten 1933/34 eine Diktatur in Österreich auf. Wirtschaftliche und politische Unfähigkeit dieses „Christlichen Ständestaates“ ebnete 1938 dem ungleich brutaleren Nazifaschismus den Weg nach Österreich. Der Faschismus bedeutete für die österreichischen Sozialisten blutige Unterdrückung und elf Jahre Illegalität. Tausende wurden wegen ihrer politischen Gesinnung oder aus „rassischen“ Gründen eingesperrt, hingerichtet oder ermordet. Darüber hinaus fielen Hunderttausende Österreicher, Millionen in aller Welt dem vom faschistischen Deutschland angezettelten Zweiten Weltkrieg zum Opfer. 1945 glich Europa einem Trümmerhaufen.

Aus dieser leidvollen historischen Erfahrung haben die österreichischen Sozialisten die Lehren gezogen. In ihrem, 1978 beschlossenen Parteipro-

gramm bringen sie klar zum Ausdruck, daß sie gewillt sind, sich gegen den Faschismus ebenso entschieden zur Wehr zu setzen wie gegen reaktionäre und rechtskonservative Bewegungen, welche die Demokratie abbauen wollen.

Berichte über öffentliche Aktionen von neonazistischen Gruppen (antisemitische Schmierereien, Schlägereien, uniformierte Aufmärsche, Schießübungen und dergleichen), aber auch die unübersehbare Rechtentwicklung der FPÖ, die drohende Gefahr eines Bürgerblockes in Österreich haben viele Menschen beunruhigt. In der vorliegenden Broschüre wird daher versucht, ohne zu übertreiben oder zu bagatellisieren, einen Überblick über die rechtsradikalen Strömungen in Österreich und ihre Bedeutung zu geben. Die Verfasser, Bildungsfunktionäre der SPÖ und Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, stützen sich dabei vornehmlich auf die in diesem Archiv systematisch gesammelten Materialien.



Eine von der Polizei aufgelöste illegale NDP-Kundgebung auf dem Heidenplatz in Wien 1971

Entwicklung des Rechtsradikalismus

Als im Jahre 1945 der Faschismus militärisch besiegt und das ihn hervorbringende kapitalistische System in weiten Kreisen diskreditiert waren, schien es unvorstellbar, daß jemals wieder faschistische Propaganda und Organisationen in Österreich auftauchen. Nicht nur die Arbeiterschaft und die SPÖ sondern auch weite Kreise des Bürgertums, die Gründergeneration der ÖVP, waren entschieden antifaschistisch eingestellt. Nicht zuletzt weil Schwerindustrie und Banken in der Ersten Republik Geldgeber und Bastionen der faschistischen Bewegungen waren, erfolgte durch beide Großparteien die Verstaatlichung dieser wichtigen Bereiche der österreichischen Wirtschaft. Doch bereits wenige Jahre später hatte sich die Situation grundlegend geändert. Durch eine verfehlte, weitgehend formale „Entnazifizierung“, durch das Buhlen aller Parteien um die Wählerstimmen der ehemaligen Nationalsozialisten und durch den Kalten Krieg, der Hitlers „Kampf gegen den Bolschewismus“ rehabilitierte, verflüchtigte sich der antifaschistische „Geist von 1945“. Oscar Pollak, der Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, bezeichnete diese Entwicklung, welche das Hinführen ehemaliger Nationalsozialisten zur Demokratie durch den Appell an die Nazigesinnung ersetzte und Hunderttausende in dieser Gesinnung wieder bestärkte, als den „Sünderfall der

österreichischen demokratischen Parteien“ („Zukunft“, August 1961).

Obwohl ein nicht geringer Teil der „Ehemaligen“ in die beiden Großparteien integriert wurde, konnte sich das „nationale Lager“ – in Österreich noch immer gleichbedeutend mit deutschnational – wieder konstituieren. Neben dem 1949 als Auffangbecken für die Nationalsozialisten gebildeten „Verband der Unabhängigen“ (VdU) formierten sich allnählich und immer unverhüllter Organisationen, die in der einen oder anderen Form faschistischen Ideen anhängen. Bei der Schillerfeier 1959 wurde die österreichische Öffentlichkeit erstmals mit dem massiven, einheitlichen Auftreten „nationaler“ Jugend-, Kultur- und Sportorganisationen konfrontiert. Trauriger Höhepunkt dieser schleichenden Renazifizierung war die Affäre Borodajkewycz 1965, als Hunderte Studenten mit Rufen wie „Hoch Auschwitz“ und „Juden raus“ für den antisemitischen Professor der Hochschule für Welthandel demonstrierten. Im Trauerzug für den von einem Neonazi toteschlagenen Antifaschisten Ernst Kirchwegger, des ersten und bisher einzigen Opfers politischer Gewalt in der Zweiten Republik, fand sich das demokratische Österreich zusammen (Siehe dazu: Heinz Fischer, Einer im Vordergrund. Taras Borodajkewycz, Wien 1966).

17. JUNI - TAG DER DEUTSCHEN EINHEIT



**ÖFFENTLICHE ANR
VERSAMMLUNG**

**SAMSTAG 17. JUNI 20⁰⁰
GASTHOF SITLER
1140 LINZERSTR. 105**

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Aktion Neue Rechte - ANR, f.d.F.v.: Harald Schmidt, alle 1050 Wien, Fiedlergasse 5 / 0122/43 94 603 / 1050 Postfach 210.

Trotz Verbot: ANR-Kundgebung am „Tag der deutschen Einheit“

Gesetzliche Bestimmungen und behördliche Maßnahmen

Eine solche Entwicklung war möglich, obwohl klare gesetzliche Bestimmungen dem Wiederaufleben nazistischen Geistes entgegenstanden. Schon im Verfassungsgesetz vom 8. Mai 1945 über das Verbot der NSDAP wurde auch jede Wiederbetätigung im Sinne des Nationalsozialismus verboten – ein Delikt, auf das damals noch die Todesstrafe stand. Auf Grund dieses Gesetzes erfolgten jedoch bisher nur sehr wenige Verurteilungen. So wurden z.B. 1961 62 Verfahren nach dem Verbotsgesetz eingeleitet, von denen 41 eingestellt wurden und kein einziges zu einer Verurteilung führte. Diese Praxis der Staatsanwaltschaften und Gerichte führte – verständlicherweise – zu einem Rückgang der polizeilichen Anzeigen, sodaß die einschlägige Statistik schließlich ein-

gestellt wurde. Strengere Bestimmungen enthält der österreichische Staatsvertrag 1955, der im Artikel 4 das Verbot jeglicher großdeutscher Propaganda und Tätigkeit, im Artikel 7 die Auflösung minderheitenfeindlicher Organisationen, im Artikel 9 das Verbot militaristischer und faschistischer Tätigkeit und Organisationen und im Artikel 10 die Aufrechterhaltung bzw. Durchführung dieser einschlägigen Gesetzgebung fordert. Diese eindeutigen Bestimmungen, welche auf Grund ihres verfassungsgesetzlichen Ranges alle Behörden und Organe der Republik Österreich unmittelbar verpflichten, werden in der Praxis kaum angewendet, bzw. sind die geforderten Gesetze nur zum Teil oder überhaupt nicht geschaffen worden.

Die meisten Verurteilungen von Rechtsradikalen erfolgten auf Grund des Strafgesetzbuches wegen Sprengstoffdelikten und anderer Gewalttaten sowie auf Grund des Pressegesetzes. Das Vereinsgesetz ermöglichte den Sicherheitsbehörden die Auflösung zahlreicher rechtsradikaler Organisationen. Hier wurde jedoch durch das Parteiengesetz 1975 eine gefährliche, zweifellos nicht beabsichtigte Lücke geschaffen, weil sich nun praktisch jeder Verein als politische Partei konstituieren kann und – im Widerspruch zum Staatsvertrag – eine Auflösung von Parteien nicht vorgesehen ist. Unter Ausnützung dieser Gesetzeslage haben sich bereits mehrere rechtsradikale Vereine, namentlich die militanten Kieingruppen wie ANR, NDP und „Volkssozialisten“ als politische Parteien beim Innenministerium angemeldet.

Ein eigenes Abzeichengesetz aus dem Jahr 1960 verbietet das Tragen und die Zurschaustellung nazistischer Abzeichen, Embleme, Symbole und Kennzeichen; darüber hinaus existiert für Exekutivangehörige ein generelles Verbot des Tragens von Hitlerorden. Davon offenbar wenig beeindruckt, marschieren die Kameradschaftsbündler immer wieder mit ihren „hakenkreuzverzierten“ Kriegsauszeichnungen auf. Größere Bedeutung kommt dem von Österreich 1972 unterzeichneten Internationalen Übereinkommen über die Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung zu, das im sogenannten „Verhetzungsparagrafen“ (§ 283 StGB) seinen legislatischen Niederschlag gefunden hat. Dies macht – zumindest eine offene – rassistische Propaganda, insbesondere Antisemitismus, unmöglich.



Antisemitische Graphik im „Stürmer“-Stil der Zeitschrift „Aktuell“

Es ist eine Erfahrungstatsache, daß die österreichischen Behörden und Staatsanwaltschaften in einschlägigen Angelegenheiten nur selten von sich aus; sondern meist erst nach Protesten in der Öffentlichkeit einschreiten. Das Bundesministerium für Inneres verfolgt dabei zugegebenermaßen die Linie, die rechtsradikalen Gruppen nicht in die Illegalität zu drängen, um sie besser unter Kontrolle halten zu können, und jedes Aufsehen zu vermeiden, damit nicht Propaganda- oder gar Märtyrereffekte erzielt werden (Inhaftierte ANR-AktivistInnen bezeichnen sich tatsächlich als „Dissidenten“!). Dieser diskutierenswerte Standpunkt wird jedoch als Freibrief für ungehemmte neofaschistische Aktivität verstanden. Unter der Ministerschaft von Erwin Lanc ist das Bemühen unverkennbar, die Sicherheitsbehörden zu einem rigoroseren Vorgehen gegen neofaschistische Aktivitäten anzuhalten.



Paramilitärische Übung der Kameradschaft Babenberg

Zum Begriff Neofaschismus

An Stelle einer vielleicht wenig befriedigenden Definition des Begriffes Neofaschismus soll hier eine Beschreibung seiner Inhalte gegeben werden. Als wesentliche Elemente neofaschistischer Ideologie und Propaganda, wie sie in verschiedenen Formen in den einschlägigen Organisationen und Organen zum Ausdruck kommen, sind anzusehen:

- Bekenntnis zum Deutschtum, zum deutschen Volk, zur deutschen Kultur- und Schicksalsgemeinschaft und ähnlichem; damit verbunden Ablehnung der österreichischen Nation und der Eigenstaatlichkeit Österreichs.
- Verherrlichung der NS-Vergangenheit und Leugnung oder Bagatellisierung der NS-Verbrechen, Problematisierung der Kriegsschuldfrage, Glorifizierung der Waffentaten von

Wehrmacht und SS, Hinstellung der Teilnahme von Österreichern am Hitlerkrieg als Erfüllung einer Pflicht gegenüber Volk und Heimat, gleichzeitig Verunglimpfung der Widerstandskämpfer und Partisanen, Hervorhebung der Kriegsverbrechen der Alliierten, Eintreten für Kriegsverbrecher und Forderung nach Ziehen eines Schlußstriches unter die Vergangenheit.

- Pflege des Rassen- und Völkerehasses in all seinen Formen; derzeit aktueller als der in Österreich traditionsreiche Antisemitismus ist die Hetze gegen Gastarbeiter und Minderheiten (z.B. Kärntner Slowenen). Getarnter Antisemitismus wird unter dem Motto: „Nicht 6 Millionen, nur 200 000 tote Juden“ geboten. Nahezu alle Gruppen, einschließlich der rechtskonservativen, bringen der rassistischen Apartheidpolitik Süd-

afrikas Sympathie entgegen. Der Rassismus, ideologischer Hauptbestandteil des Nationalsozialismus, wird nun als „biologische Weltanschauung“ umschrieben, wobei – wider Willen freilich – Nobelpreisträger Konrad Lorenz als Autorität herangezogen wird.

- Antisozialismus und Antikommunismus; nur unbedeutende Splittergruppen geben sich sozialdemagogisch antikapitalistisch und antiimperialistisch. Der Kommunismus, der Bolschewismus, ist der Hauptfeind, wobei allerdings auch Sozialdemokraten, Liberale, Linkskatholiken und andere Demokraten letztlich diesem Lager zugerechnet werden. Seit 1969/70 richtet sich der Großteil der rechtsradikalen Propaganda gegen die sozialdemokratischen Regierungen in Bonn und Wien, die als Wegbereiter des Kommunismus hingestellt werden. Der Friedensnobelpreisträger und Emigrant Willy Brandt ist für die extreme Rechte die Inkarnation des „nationalen Verrats“ (Motto: „Willy Brandt an die Wand!“). Ostpolitik, Koexistenz und Entspannung werden bedingungslos abgelehnt, Kalter Krieg, Militarismus und imperialistische Aggressio-

nen werden befürwortet.

- Eine geringe Rolle spielen heute – aus taktischen Erwägungen – offen antidemokratische und antiparlamentarische Losungen. Wenn jedoch Österreich als „marxistische Diktatur“ oder „undemokratischer Linksstaat“ hingestellt wird und jedes positive Bekenntnis zur Demokratie fehlt, können daraus die Schlußfolgerungen gezogen werden.

- Eintreten für „Ruhe und Ordnung“ (Law-and-Order-Ideologie), Betonung von Autorität, Disziplin und Gehorsam. Faschistisches Führerprinzip und Führerkult sind Vorbild. Ein starker Mann („ein kleiner Hitler“) wird propagiert, der alle Probleme im Handumdrehen löst. In der tagespolitischen Auseinandersetzung richtet sich die rechtsradikale Propaganda mit besonderer Aggressivität gegen die Liberalisierung des Strafrechts (Freigabe von Homosexualität und Abtreibung) und die Humanisierung des Strafvollzugs, wobei Justizminister Broda („läßt Verbrecher laufen“) zum Buhmann aufgebaut werden soll. Die Emanzipation der Frau wird abgelehnt, deren Stellung wird ausschließlich als Mutter und Ehefrau gesehen.

Die Organisation des Rechtsradikalismus

Um einen Überblick über die Größe und Bedeutung des Rechtsradikalismus in Österreich zu gewinnen, darf man sich keinesfalls auf die radikalen Gruppen wie die ANR konzentrieren, die – wie Josef Hindsel treffend bemerkte – nur die Spitze eines Eisberges bilden; vielmehr müssen sämt-

liche Kräfte und Erscheinungen bis hinein in Großparteien untersucht werden. Die Zersplitterung des rechtsradikalen Lagers in Österreich ist – abgesehen von den üblichen Persönlichkeitskonflikten – hauptsächlich auf unterschiedliche Auffassungen in der taktischen Vor-

gangsweise zurückzuführen – das Spektrum reicht von militantem Radikalismus über gemäßigte Kultur- und Sportorganisationen bis zu Kräften in der FPÖ und zu Randgruppen der ÖVP. Ungeachtet aller Differenzen besteht in diesem Lager jedoch eine Verbundenheit, die nicht nur historisch bedingt und geistig-kultureller Natur ist, sondern sich auch immer wieder in gemeinsamen politischen Aktionen widerspiegelt. Zwischen den diversen Organisationen, die im folgenden gar nicht alle angeführt werden können, bestehen zahlreiche Querverbindungen und enge Kontakte.

a) Radikale Kleingruppen

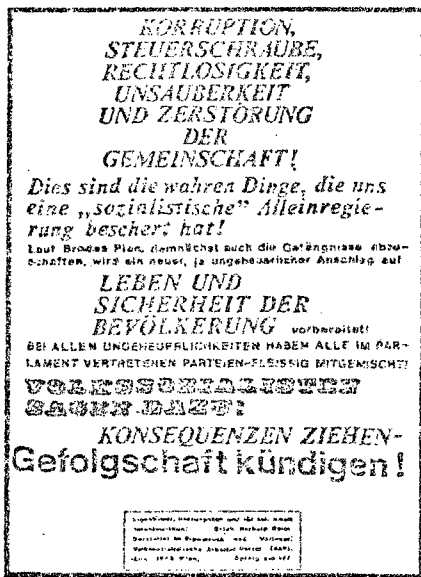
Die radikalen, im engeren Sinne neofaschistischen Gruppen verfügen nur über geringe Mitgliederzahlen und politischen Einfluß, stehen jedoch durch ihren Aktivismus oft im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Ihre Mitglieder, meist identisch mit Aktivisten, sind keineswegs nur ehemalige Nationalsozialisten, sondern zum Großteil bereits Jüngere, vor allem Söhne aus deutschnationalem oder nazistischem Elternhaus, häufig des Bildungsbürgertums, wozu gelegentlich auch Verwahrloste, Jugendliche aus gestörtem Milieu („Rocker“, „Halbstarke“ und dergleichen) – von Gewaltmethoden und Pseudoromantik angezogen – hinzukommen. Gemeinsames Merkmal dieser Gruppen sind paramilitärische Ausbildung und militanter Aktivismus, womit an die gewalttätig-terroristische Tradition von SA und SS angeknüpft wird.

Die bedeutendste, geradezu zum Synonym für Neofaschismus gewordene Gruppe ist zweifellos die

Nationaldemokratische Partei (NDP). Auf diese 1967 von dem Innsbrucker Universitätsassistenten, RFS-Führer und Südtirolterroristen Dr. Norbert Burger gegründete Organisation treffen alle vorhin genannten Merkmale der neofaschistischen Ideologie zu. Die NDP unterhält – ebenso wie die ANR – eine Einsatzgruppe, die bei Veranstaltungen und Demonstrationen als Schlägergarde in Aktion tritt.

Die noch radikalere und aktivistischere Aktion Neue Rechte (ANR) ging aus der (behördlich aufgelösten) Arbeitsvereinigung für Mittelschüler und aus dem gleichfalls verbotenen Bund Nationaldemokratischer Studenten hervor. Ihr Hauptaktivitätsgebiet sind Schulen und Hochschulen in Wien; die Ausbreitung in Bundesländerorten (Salzburg, Linz) stößt auf Schwierigkeiten. Bei den Wahlen zur Österreichischen Hochschülerschaft errang die ANR 1,2 % der Stimmen. Nach eigenen, weit übertriebenen Angaben hat die ANR 500 Mitglieder. Durch ihr gewaltsames öffentliches Auftreten und illegale Aktivitäten (Kampfübungen, Waffenbesitz, Uniformierung) trifft die ANR nicht nur auf den entschiedensten Widerstand von Antifaschisten, sondern es werden auch laufend polizeiliche und gerichtliche Verfahren gegen ANR-Aktivisten durchgeführt.

Im Sommer 1978 wurde ein enges Zusammenwirken zwischen ANR und NDP vereinbart. In diesem Bündnis ist auch der schon 1975 behördlich aufgelöste, aber weiterexistierende Bund Volkstreuer Jugend (BVJ) des Vorarlbergers Walter Ochsenberger eingegliedert, dessen Agitationsblatt „aktuell“, jetzt „Sieg“,



Flugblatt der Volkssozialistischen Arbeiterpartei gegen die Bundesregierung 1978

wegen seines Stürmer-Stils bereits mehrmals konfisziert wurde. Der emeritierte Leobener Hochschulprofessor Dr. Othmar Friedrich, zweiter Präsident der Deutschen Kulturgemeinschaft, startete daher unter dem Motto „Unsere Jugendzeitung darf nicht sterben!“ eine Hilfsaktion für den in finanzielle Bedrängnis geratenen Ochsenberger und nahm gleichzeitig gegen die österreichisch und demokratisch „verfälschten“ Schulbücher öffentlich Stellung. Enge Zusammenarbeit gibt es auch mit der Kameradschaft Eabenberg, einer paramilitärischen Vereinigung, die bis 1974 dem ÖKB angehörte. Ihre Kampfstaffel ist als Verein der Schwimm- und Kübelwagenfahrer vereinspolizeilich angemeldet. Die – uniformiert auftretenden – Babenberger stehen auch hinter dem Wehrmachtsmuseum Ardagger, das in Wirklichkeit eine NS- und SS-Erinnerungsstätte ist, wo unter Duldung der Behörden offene Nazi-propaganda

(Hakenkreuzverkauf, NS-Kampflieder) betrieben wird.

Die unbedeutende Volkssozialistische Arbeiterpartei (VSAP) des ehemaligen SA-Führers Ing. Franz Hanke setzt mit ihrem Antikapitalismus die Tradition des (linken) Strasser-Flügels der NSDAP fort. Die neofaschistischen „Volkssozialisten“ richten ihre Propaganda besonders gegen die SPÖ, deren „Bonzen“ den Sozialismus verraten haben. In letzter Zeit bemühte sich diese Splittergruppe, die Umweltschutzbewegung zu unterwandern.

Eine mehrere Organisationen repräsentierende Persönlichkeit soll zur Charakterisierung dieser politischen Landschaft herausgegriffen werden: Robert H. Drechsler. Dieser ehemalige Angehörige der Diversionstruppe „Brandenburg“ lebt sehr gut vom Rechtsradikalismus, indem er die seiner Volksbewegung für Südtirol zufließenden Spenden für Südtirol als vielmehr zur Finanzierung seiner Organisationen und Zeitschriften verwendet – seine wegen diesem Vorwurf gegen die rechtsradikale Zeitschrift „Eckartbote“ eingebrachte Klage wurde kostenpflichtig abgewiesen. Unter anderem stellte Drechsler in seiner zweiten Zeitschrift „Leuchtkugel“ die Behauptung auf, daß nicht sechs Millionen, sondern lediglich 300 000 tote Juden vom Roten Kreuz festgestellt werden konnten und daß dieses jede Antwort auf Anfragen verweigere. (Auf eine diesbezügliche Anfrage teilte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz ohne weiteres mit, daß eine solche Erhebung niemals durchgeführt wurde und darüber jedermann Auskunft erteilt werde).

b) Ideologisch-kulturelle Verbände

Die nachfolgend angeführten ideologisch-kulturellen Verbände erfüllen eine wichtige Integrationsfunktion im rechtsradikalen Lager, weil sie sowohl militante als auch „gemäßigte“ Rechtsextremisten zu ihren Mitgliedern und Funktionären zählen.

Geradezu gespenstisch nimmt sich die Mitgliederliste des Nationalen Ideologiezentrums (NIZ), des – inzwischen verstorbenen – ehemaligen NSDAP-Amtsträgers Heinz Goldner-Goldenfels aus, das 1974 in Wien seinen ersten Kóivent abhielt. Sein „Innerer Kreis“ könnte leicht mit einer NSDAP-Gauleitung verwechselt werden: Dr. Ing. Leopold Tavs, ehemals NSDAP-Landesleiter von Österreich, nun FPÖ-Mitglied, Eduard Frauenfeld, ehemals NSDAP-Gaupropagandaamt Wien, Hans Dörfler, ehemals NSDAP-Kreisleiter in Wien, dazu kommen der – inzwischen dahingegangene – NS-Barde und VdU-Abgeordnete Dr. Fritz Stüber und der Neofaschismus-Dichter Konrad Windisch. Eng verbunden sind dem NIZ Norbert Burger, der in Belgien in Abwesenheit zum Tode verurteilte Robert Jan Verbelen, Dr. Otto Danneberg vom Österreichischen Turnerbund sowie Dr. Robert Körper, Ex-SS-Obersturmführer, Verfasser des antisemitischen Hetzwerkes „Rassiesieg in Wien“ und Denunziant von Wiener Juden 1942. Dazu gesellen sich noch berüchtigte bundesdeutsche Rechtsextremisten. Das NIZ – nun als AVB-Institut in Wien 17 getarnt – bemüht sich besonders um die Verbreitung der aus der BRD kommenden, neofaschistischen „Deutschen Fibel“.

Eine Drehscheibe des „nationalen Lagers“ – vor allem auf Grund der nützlichen Organisations- und Veranstaltungskündigungen – bildete die in einer Auflage von 10 – 15.000 erscheinende Zeitschrift „Eckartbote deutscher Kultur- und Schutzarbeit“, herausgegeben von der Österreichischen Landsmannschaft. Ihre Schriftleitung besorgte bis zu seinem Tode Fritz Stüber; zu den Mitarbeitern zählen auch der zwangspensionierte Professor Taras Borodajkewycz und der Kämpfer für die „Reinhaltung“ der deutschen Sprache Professor Erwin Mehl.

Die Aktionsgemeinschaft für Politik (AFP) veranstaltet regelmäßig Tagungen zu Fragen „nationaler“ Politik, welche von Mitgliedern verschiedenster Rechtsgruppen besucht werden. So nahmen etwa an der 11. Tagung im Oktober 1976 in Spitz an der Donau Vertreter von NDP, ANR, ÖTB, FPÖ und vom Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes teil. FPÖ-Abgeordneter Gerulf Stix sandte ein Glückwunschtelegramm; ein Delegierter der Falange Espanola hielt in voller Parteiuniform eine Propagandarede für den spanischen Faschismus. Das Organ der AFP „Kommentare zum Zeitgeschehen“ wird von dem ORF-Mitarbeiter Konrad Windisch, einem der wenigen abgeurteilten Neonazi und einstigen Führer des verbotenen Bundes Heimatreuer Jugend (BHJ), redigiert.

Bereits mehrmals aufgelöst – und von Höchstgerichten wieder zugelassen – wurde das Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes (zwischen-durch Deutsche Kulturgemeinschaft) der Grazerin Lisbeth Grolitsch und des Ex-SS-lers Dr. Karl Hanß. Diese

Zweigstelle einer bundesdeutschen Organisation will „an der Blutgrenze des Deutschen Reiches... die gewaltigen Aufgaben Österreichs als Vorwerk des Reiches und Gesamtvolkes... unbeirrbar von krankhaftem Zeitgeist“ wahrnehmen. Einen Höhepunkt dieser „Kulturarbeiten“ sollte das im Mai 1976 in Graz geplante Treffen „1000 Jahre deutsche Ostmark“ werden, das jedoch unter dem Druck der Öffentlichkeit behördlich untersagt wurde. Eng verbunden ist diesem Kulturwerk der Verein Dichterstein Offenhausen (Oberösterreich), der Zusammenkünfte einschlägiger „Schriftsteller“ wie Fritz Stüber, Konrad Windisch, Karl Springenschmid und Brigitte Pohl (seinerzeit als NS-Publizistin Leni Wittkowski bekannt) durchführt.

Im Rat Volkstreuer Verbände Österreichs – Leiter war der jüngst verstorbene Ex-SS-Sturmbannführer und Blutordenträger Dr. Roland Timmel, Ehrenpräsident der Freiheitlichen Akademikerverbände – sind verschiedene Sport- und Kulturorganisationen, kleinere Jugendgruppen und Burschenschaften vereinigt. Er veranstaltet alljährlich Sonnwendfeiern in allen Bundesländern, an denen mehrere tausend Personen teilnehmen und die zu deutsch-völkischen Treuekundgebungen umfunktioniert werden. Radikale ANR-Aktivitäten bei der letzten Wiener Sonnwendfeier zwangen anwesende FPÖ-Mandatäre zu einem peinlichen Exodus.

Eine Brutstätte deutschnational-rechtsradikalen Geistes waren in den 50-er und 60-er Jahren die 1952 wieder zugelassenen Burschenschaften, die „schlagenden Verbindungen“, Prototyp elitären Herrenmenschen-

turns. 1965 waren 5000 Mittelschüler, Studenten und „Alte Herren“ Mitglieder. Aus diesem Milieu kamen viele Südtirolterroristen und terroristische Neonazis. Der heutige NDP-Funktionär Gerd Honsik, Gründer der später verbotenen Mittelschülerverbindung „Markomania“, sagte 1962 vor dem Gericht, das ihn wegen eines Pistolenattentates auf das Parlament zu vier Jahren Kerker verurteilte: „Alles, was österreichisch ist, ist mir zutiefst verhaßt. Ich werde alles tun, was in meinen schwachen Kräften steht, um das österreichische Staatsgefüge zu vernichten.“

Durch den Rückgang des deutsch-nationalen Potentials an den österreichischen Hochschulen und durch eine offenbare Zurückhaltung nach außen haben die Burschenschaften ihre Stellung als Avantgarde des Rechtsradikalismus in Österreich verloren. Im 1975 gegründeten Welser Kreis sind Burschenschaften, Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) und Freiheitlicher Akademikerverband zu einer Dachorganisation der „nationalen“ Akademikerverbände zusammengeschlossen.

Zahlreiche weitere Organisationen wie die Liga gegen entartete Kunst oder die Volksbewegung gegen anti-deutsche Greueltaten des Sohnes des Kärntner Gauleiters Friedrich Rainer sind praktisch völlig bedeutungslos.

c) Großorganisationen des Rechtsradikalismus

Größere Bedeutung als den vorgenannten Klein- und Kleinstgruppen kommt den mitgliederstarken, gemäßigter auftretenden Organisationen zu, die man als die „Massenor-

ganisationen“ des österreichischen Rechtsradikalismus bezeichnen kann. Sie verfügen auf Grund weitverbreiteter Unkenntnis über ihre geistige Ausrichtung, vor allem der Spitzenfunktionäre, über ein gewisses Ansehen in der Öffentlichkeit und werden auch von den großen politischen Parteien unterstützt oder zumindest umworben (z.B. durch Übernahme des „Ehrenschatzes“ bei Veranstaltungen). Dies wird von den Politikern damit legitimiert, daß ein mäßiger Einfluß im Sinne einer österreichischen und demokratischen Ausrichtung erzielt werden soll. Ob dies zutrifft, sei dahingestellt; jedenfalls wird dadurch diesen Organisationen ein erhöhtes Maß an Salonfähigkeit und damit an Durchschlagskraft verliehen.

Der Österreichische Turnerbund (ÖTB) versteht sich als Nachfolger des Deutschen Turnbundes in Österreich, der sich 1938 seiner Beteiligung am Juliputsch 1934 rühmte und sich öffentlich zum Nationalsozialismus bekannte. An seiner Spitze steht der ehemalige Linzer HJ-Führer Erich Slupetzky, der – gemeinsam mit dem jetzigen Schriftleiter der ÖTB-Zeitschrift Friedrich Nowak – 1948 in Zusammenarbeit mit der neonazistischen Untergrundbewegung Soucek verhaftet worden war. Zentrales Anliegen ist die Dietarbeit, das heißt: Turnen ist nicht Selbstzweck sondern Bestandteil deutsch-völkischer Erziehung. In seinen Publikationen bekennt sich der ÖTB offen zum „Deutschturn“, zur Glorifizierung des Hitlerkrieges und zum Rassismus in Form der Apartheidspolitik. An verschiedenen rechtsradikalen Aktivitäten, etwa in Kärnten, sind ÖTB-Funktionäre beteiligt, und mit anderen rechtsradika-

len Gruppen steht der ÖTB in engem Kontakt. So ist z.B. der oberösterreichische Gauturnwart Sepp Holzinger zugleich Spitzenfunktionär der NDP. Durch geschickte Tarnung – auch vor den eigenen, zum nicht geringen Teil unpolitischen 75.000 Mitgliedern, davon ca. 30.000 Jugendliche – versteht es der ÖTB, Subventionen und Ehrenschatz von Mandatären für seine Veranstaltungen zu erlangen. Das Manifest des Salzburger Bundesturnfestes des ÖTB im Juli 1976, welches die Turnerbundjugend als Vorbild für die Jugend Europas hinstellte, wurde nicht nur von FPÖ-Mandatären sondern auch – offenbar in völliger Unkenntnis – von ÖVP- und SPÖ-Bürgermeistern unterzeichnet. Die österreichische Bundessportorganisation hat nicht zuletzt wegen der politischen Ausrichtung die Aufnahme des ÖTB in diese Dachorganisation abgelehnt.

Als noch gefährlicher vom Standpunkt der Sicherheit Österreichs sind die diversen Veteranenverbände anzusehen nicht zufällig leitet sich das Wort Faschismus von fascio di combattimento ab, einer italienischen Kriegsteilnehmerorganisation 1919, aus der Mussolinis faschistische Bewegung hervorging. Der weniger bedeutende, radikale Verband österreichischer Kameradschaften (VÖK) des wegen Rechtsradikalismus aus dem ÖKB ausgeschlossenen Dr. Otto Roßkopf – eng verbunden der schon erwähnten Kameradschaft Babenberg – wirkt vor allem für eine stärkere Militarisierung Österreichs („20 Milliarden für's Heer“). Die Kameradschaft IV (K IV), eine Vereinigung ehemaliger SS-Jer, im Österreichischen Soldatenbund (ÖSB) glorifiziert nicht nur die „Ruhmestaten“ der

im Nürnberger Prozeß zur verbrecherischen Organisation erklärten SS, sondern beteiligt sich auch mit ihrem „unpolitischen Mitteilungsblatt für ehemalige Kriegsteilnehmer“ „Die Kameradschaft“ an der Hetze gegen die Kärntner Slowenen. Als besonders schädlich für Österreich erweisen sich die in Zusammenwirken mit bundesdeutschen Organisationen organisierten SS-Treffen, weil damit ausländischen Mächten, insbesondere der Sowjetunion als Signatarstaat des österreichischen Staatsvertrages, Anlaß zur (diplomatischen) Intervention geboten wird.

Die größte Veteranenorganisation Österreichs, der Österreichische Kameradschaftsbund (ÖKB), nach Eigenangaben 1975 300.000 Mitglieder, davon 50.000 unter 30 Jahren, gibt sich offiziell als unpolitisch und überparteiisch. Durch das tagespolitische Engagement eines Großteiles seiner Funktionäre im Sinne einer Verharmlosung, ja Verherrlichung des nationalsozialistischen Angriffskrieges und im Sinne einer Propagierung militaristischer Inhalte ist jedoch auch diese Massenorganisation als zumindest teilweise rechtsextrem einzustufen. Vor allem das offizielle Organ „Der Kamerad“ präsentiert sich als Tummelplatz rechtsradikal-deutschnationaler Propaganda; in seinem Pressespiegel werden überwiegend neofaschistische Zeitungen wie Mut, Kommentare zum Zeitgeschehen und Eckartbote zitiert. Dazu kommt das Zusammenwirken mit anderen, noch radikaleren Gruppen bei öffentlichen Veranstaltungen sowie das demonstrative Tragen von Hitlerorden (mit Hakenkreuz versteht sich) bei Aufmärschen. Der ÖKB bemüht sich besonders um eine

enge Zusammenarbeit mit dem österreichischen Bundesheer, und kann bereits viele Berufssoldaten und Reservisten zu seinen Mitgliedern zählen. Unter der Ministerschaft seines Mitgliedes Karl Lütgendorf erfreute sich der ÖKB besonderer Förderung. Trauriger Höhepunkt im wahrsten Sinne des Wortes war eine Gedenkfeier für gefallene SS-ler beim SS-Denkmal am Schöpfl im August 1975, an der Vertreter der NDP, des VÖK, des ÖKB, der K IV sowie des Bundesheeres (Oberst Jilke, Kommandant von Baden) teilnahmen und Ex-SS-General Otto Kumm sprach. Verteidigungsminister Lütgendorf rechtfertigte die Beteiligung des Bundesheeres mit Irreführung durch die Veranstalter. Das Innenministerium ließ nach Protesten die SS-Runen vom Denkmal entfernen. Unter Verteidigungsminister Rösch wurde dem Zusammenwirken von Bundesheer und rechtsradikalen Organisationen durch Erlässe endlich ein Riegel vorgeschoben.

Einig sind sich die Veteranenverbände mit allen anderen rechtsradikalen Organisationen in der Kampagne für den in Italien wegen Massenmordes an Zivilisten inhaftierten SS-Sturmbannführer Walter Reder, der wider besseres Wissen stets als „Major“ und „letzter österreichischer Kriegsgefangener“ bezeichnet wird, obwohl er 1934 als flüchtiger NS-Terrorist aus Österreich ausgebürgert und in Hitlerdeutschland SS-Führer wurde. Die „Hilfsgemeinschaft für Walter Reder“ und die „Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Heß“ bemühen sich keineswegs nur um die gnadenweise Freilassung, was durchaus legitim wäre, sondern es geht ihnen um die voll-

ständige Rehabilitierung dieser Kriegsverbrecher und um die Anprangerung der Alliierten. Humanitär denkende, gutgläubige Österreicher werden auf diese Weise vor den Propagandakarren von Rechtsradikalen gespannt.

Die dritte große und weithin anerkannte Organisation des österreichischen Rechtsradikalismus ist der Kärntner Heimatdienst (KHD), Nachfolger des 1945 verbotenen Kärntner Heimatbundes. Als Dachverband alier



„Wehrmachtsmuseum“ Ardagger

„heimattreuen“ Verbände Kärntens verfügt der KHD – laut Eigenangaben 1978 – über 110.000 Mitglieder, wobei allerdings auch sämtliche Elternvereinsmitglieder mitgezählt sind. „Durch seine Frontstellung gegen die sich auf den Staatsvertrag stützenden Forderungen der slowenischen Volksgruppe“, meint Anton Pelinka, „setzt er die Tradition fort, die von einer deutschnational interpretierten Ideologie des ‚Abwehrkampfes‘ über die Politik des Nationalsozialismus in Kärnten und die Aussiedlung der Slowenen bis zur Denunziation der Kärntner Slowenen als ‚heimatfremd‘ und als ‚kommunistisch‘ geht.“ Nur der, der es absichtlich so sehen will, kann be-

haupten, daß der KHD nicht minderheitenfeindlich im Sinne des Artikel 7 des Staatsvertrages ist.

Dazu genügt ein einziges Zitat aus dem KHD-Organ „Ruf der Heimat“ vom Oktober 1970:

„Nichts kennzeichnet die Einstellung deutlicher als der Unterschied der Begriffe – hier ‚deutsche Österreicher‘, dort ‚österreichische Slowenen‘. Also hat die Geschichte in Kärnten noch keinen Schlußstrich gezogen. Sie zieht ihn unter zwei Völker nur, wenn eines von ihnen nicht mehr besteht.“

Dem KHD – und der Geisteshaltung, die nicht er allein vertritt – ist es gelungen, in Kärnten das politische Geschehen zu beeinflussen. Durch seine von den Behörden ungehinderte Hetze gegen die slowenische Minderheit, insbesondere durch die Propagierung der „Uranst“, der „Slowenisierung“ Kärntens, konnte der KHD einen nicht geringen Teil der Kärntner mobilisieren und die beiden Großparteien, deren Anhänger zum Teil dem KHD angehören, im Sinne einer minderheitenfeindlichen Politik unter Druck setzen. Professor Anton Pelinka stellte dazu fest, daß SPÖ und ÖVP in Kärnten „eine Politik der teilweisen Berücksichtigung rechtsextremer Positionen“ betreiben. Durch den von Rechtsradikalen organisierten, von den Behörden tatenlos hingenommenen „Ortstafelsturm“ wurde 1972 eine großzügige Lösung dieses Problems durch die Bundesregierung und die Kärntner Sozialisten gewaltsam vereitelt.

Methoden rechtsradikaler Aktivität

Unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen – sozialistische Bundesregierung, aktive Gegenwehr der Antifaschisten, eigene organisatorische Schwäche – ist den rechtsradikalen Organisationen ein massives öffentliches Auftreten nicht möglich. Ihre Hauptaktivität richtet sich daher auf Propaganda (Zeitschriften, Broschüren, Flugblätter, Plakate, Pickerin, Schmierereien und dergleichen). Bestimmte Anlässe werden als Propagandaeinstieg benutzt, etwa ein Sexualmord in Gloggnitz zu einer INDP-Demonstration für die Todesstrafe. Eine besondere Rolle spielt die Traditionspflege: Fahnenweihen, Einweihen von Kriegerdenkmälern, Sonnwendfeiern, Totengedenken (z.B. Ehrenwache der Sabenerger für den Luftwaffenmajor Walter Nowotny auf dem Wiener Zentralfriedhof). Nur in seltenen Fällen – Ortstafelsturm 1972 in Kärnten – gelingt es Neofaschisten, ihre klassische Aktivität, gewaltsame Aktionen, zu entfalten: Sprengung von gegnerischen Veranstaltungen, Überfälle auf Antifaschisten, Einschüchterung der Bevölkerung u.ä. Terrorismus wie er eine zeitlang, während der Südtirolkrise, sehr verbreitet war – NDP-Funktionär Johannes Falk sprengte das Alitalia-Büro in Wien –, wird gegenwärtig nicht zielführend abgelehnt. Man versucht, im Gegenteil, die weitverbreitete Abneigung in der Bevölke-

rung gegen den Terrorismus, politisch für sich auszuschlachten. Waffenarren wie Dostal und Wagner bleiben weitgehend Außenseiter.

Neue Möglichkeiten eröffnen sich den Rechtsradikalen durch die Unterwanderung von Umweltschutzbewegungen. Ein romantisches Zurückzur-Natur und eine irrationale Industrie-feindlichkeit entspricht ja der Fortschrittsfeindlichkeit des Rechtsradikalismus. Bei der Wiener Gemeinderatswahl im Oktober 1978 engagierte sich die Volksozialistische Arbeiterpartei sehr stark für die Umweltschutzliste, sie betrieb die Unterstützungslisten, und ihre führenden Funktionäre (Alfred Warton, Erich Raidl, Werner Schlögl, Friedrich Lienhart u.a.), aber auch andere bekannte Rechtsradikale, wie der Antisemit und spezielle SPÖ-Feind Dipl.Ing. Karl Schmidt aus Wien II wurden als Spitzenkandidaten aufgestellt. Auch in der Anti-AKW-Kampagne beteiligten sich alle rechtsradikalen Organisationen, einschließlich der noch zu erwähnenden ÖVP-Randerscheinungen, wobei eindeutig die Anti-SPÖ-Einstellung ausschlaggebend war. Hier wird in Zukunft eine genaue Differenzierung zwischen echten Umweltschützern, deren Anliegen sich auch die SPÖ in ihrer Praxis und in ihrem Programm verpflichtet fühlt, und getarnten Rechtsradikalen zu erfolgen haben.

Ausländische Einflüsse und internationale Verbindungen

Sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart spielt(e) die Unterstützung des österreichischen Rechtsradikalismus durch die – zweifellos stärkeren und kapitalkräftigeren – gleichgesinnten Kräfte in Deutschland eine besondere Rolle. Da die österreichischen Rechtsradikalen keine großen, in der Öffentlichkeit vertretenen Organe schaffen konnten, erfüllen die großen neofaschistischen Publikationen und Zeitungen der BRD eine wichtige Funktion. An erster Stelle ist dabei die Deutsche National-Zeitung – mit einer Auflage von 130.000 zweitstärkstes Wochenblatt der BRD – zu nennen, die leider in vielen österreichischen Trafiken ausgehängt wird. Trotz einer Verbotsforderung durch einen SPÖ-Parteitag (1967) und zahlreichen behördlichen Beschlagnahmen kann diese Zeitung in Österreich weiter ihre Ergüsse verbreiten. Neben wüsten Attacken auf die führenden Politiker der SPD (Brandt, Wehner, Bahr, Heinemann), Sympathiebekundungen für CSU-Strauß und NS-Verherrlichungen greift die National-Zeitung häufig österreichische Probleme (Minderheitenfrage, österreichische Nation, „Anschluß“ 1938 u.v.a.) auf. Auch die anderen bundesdeutschen Rechtsaußenblätter wie die NDP-nahe Deutsche Wochenzeitung, Mut und Nation Europa bringen Österreichbeiträge. Die regelmäßige Österreichrubrik der neofaschistischen Jugendzeitschrift „Mut“ betreut der vielseitige Konrad Windisch.

Auch die ausgesprochen neonazisti-

schen Bücher und Broschüren kommen zum Großteil aus der Bundesrepublik. In diesen Werken (Thies Christophersen, Die Auschwitz-Lüge; Arthur R. Butz, Der Jahrhundertbetrug; Richard Harwood, Starben wirklich 6 Millionen?; Udo Wallendy, Die Methoden der Umerziehung; u.a.) werden vor allem der NS-Massenmord an den Juden bestritten und die Berichte darüber als Erfindung der Juden hingestellt, damit Israel Deutschland auf ewig erpressen könne. Zum Teil verboten, werden diese Bücher in gewissen Buchhandlungen „unter der Budel“ verkauft.

Wirksamer als solche, praktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinenden Machwerke ist jene aus der BRD kommende Literatur, die mit dem Begriff Nostalgiewelle verbunden ist. Waren es früher die populären Landser-Hefte des Pabel-Verlages, die – von SS-Führern verfaßt – neonazistischen Geist unter die Jugend brachten, so sind es nun pseudo-wissenschaftliche Werke über den Krieg, über einzelnen Feldherrn oder Schlachten, Bildbände über Waffen, Erinnerungen von NS-Größen oder deren Witwen, Schreiber und Stiefelputzer, selbst eigene Zeitschriften wie „Das Dritte Reich“ können existieren. Für die Produzenten dieser Literatur stehen weniger ideologische als materielle Momente im Vordergrund: Hohe Auflagen und stolze Preise sichern beachtliche Profite. Zu den bedenklichsten Erscheinungen auf Grund ihrer Massenwirkung gehören das Buch und der

Film von Joachim C. Fest über Adolf Hitler, weil hier – unter scheinbar antifaschistischen Vorzeichen – nicht die wirklichen Ursachen des Faschismus aufgezeigt werden, sondern eine Reduktion auf eine Person, den „Führer“, und auf Äußerlichkeiten (Fahnenmeere, Uniformen, Massenaufmärsche) erfolgt. Fests „Adolf Hitler – eine Karriere“ muß als der bisher raffinierteste Entlastungsversuch für das deutsche Großkapital, des wichtigsten Förderers, Herrschaftsträgers und Nutznießers des Faschismus, angesehen werden. Damit wird viel antifaschistische Aufklärungsarbeit der letzten Jahre zunichte gemacht. Kein Wunder, daß der Fest-Film von den Neonazis positiv bewertet wurde.

Schwieriger zu durchschauen als diese kulturell-geistigen Einflüsse aus dem Ausland sind die internationalen Verbindungen der Rechtsradikalen. Wenngleich eine einheitliche Internationale der extremen Rechten bisher nicht zustande gekommen ist, so kann man doch so etwas wie eine internationale Solidarität auch in diesem Lager feststellen. Unmittelbar nach 1945 entstanden zwei Geheimorganisationen, Odessa und Spinne, welche in erster Linie die Aufgabe hatten, Kriegsverbrechern und hohen NS- und SS-Führern die Flucht zu ermöglichen, wozu ein internationales Netz (Italien, Spanien, Südamerika, arabische Länder), aufgebaut wurde. Der in Österreich steckbrieflich gesuchte SS-Führer Otto Skorzeny („Mussolini-Befreier“) und der NS-Propagandist Erich Kern alias Kernmayr, seit Jahren leitender Redakteur der Deutschen Wochenzeitung, spielten dabei führende Rollen. Heute ist der Bundesverband der

Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e.V. (HIAG) mit 118 Orts- und Kreisorganisationen in der BRD legaler Fortsetzer dieser Geheimbünde. Die HIAG hat unter dem Deckmantel des „Suchdienstes“ ein Verbindungsnetz in Europa aufgebaut und führt laufend SS-Treffen durch, die in Österreich zum Teil verboten wurden. Auch zu dem inzwischen verstorbenen Fürsten Borghese, der 1971 wegen seiner Staatsstreichpläne aus Italien flüchten mußte, bestanden Verbindungen.

Der Europäischen Sozialbewegung gehörte die Soziale Ordnungsbewegung (SORBE) des Grazer Eisenhändlers Theodor Soucek an. Soucek, der als nazistischer Wehrwolf Führer von einem österreichischen Volksgericht 1948 zum Tode verurteilt, aber begnadigt wurde, mußte später als Bankrotteur nach Spanien flüchten, wodurch seine Bewegung einging. Sein Stellvertreter als „Kanzler“ der SORBE war der noch immer in Österreich aktive belgische Kriegsverbrecher Robert Jan Verbelen, ein zeitweiliger Angestellter Soucecks war der BHJ-Führer Konrad Windisch.

Die 1951 gegründete Europäische Neue Ordnung (ENO), als deren Generalsekretär auf Lebenszeit Gaston Armand Amaudruz, ehemaliger Stellvertreter des Führers der helvetischen Faschisten, fungiert, ist heute noch aktiv. Diese Organisation veranstaltete im November 1977 das I. Euro-Forum in Wien, wobei der aus der FPÖ ausgeschlossene Josef Haffner, Obmann der Volksbewußten Arbeiterpartei, als Organisator auftrat.

Besonders intensive Bemühungen gibt es, die rechtsradikalen nationalen

Jugendgruppen unter dem — schon von den Nazis mißbräuchlich verwendeten — Europa-Gedanken zu sammeln. Am 1. Nationaleuropäischen Jugendkongreß (NEC) 1972 bei München nahmen rund 1200 Vertreter rechtskonservativer bis neonazistischer Jugendverbände aus Europa, USA und Südafrika teil. Österreich war durch Konrad Windisch und den ehemaligen Südtirolterroristen Dr. Hartung (als Vertreter Norbert Burgers) vertreten, während Altnazi Roland Timmel Ehrengast war. Der 1975 in Bregenz vom BVJ organisierte 1. Mitteleuropäische Jugendkongreß konnte durch antifaschistische Aktionen vereitelt werden.

Eine wesentliche Rolle für die Organisation der extremen neonazistischen Aktivität spielt die von Lincoln /Nebraska aus agierende NSDAP-Auslandsorganisation (NSDAP-AO) des Amerikaners Garry Rex Lauck (American Nazi Party), die auch Verbindungen zu der 1962 von englischen Faschisten (Colin Jordans) initiierten Nationalsozialistischen Weltunion (WUNS) hat. Ein österreichischer Anhänger dieser Richtung, der wegen Neonazismus vorbestrafte 56-jährige Egon Baumgartner konnte im November 1978 von der Staatspolizei festgenommen werden. Schlüsselfiguren dieser internationalen Extremistenszene sind der Rechtsanwalt Manfred Roeder, Gründer und Führer der Deutschen Bürgerinitiative, der mit ihm kooperierende ehemalige SS-Sonderführer im KZ Auschwitz Thies Christophersen und der ehemalige RAD-Führer Erwin Schönborn, Gründer und Führer des Kampfbundes Deutscher Soldaten (KDS). Gegen diese, auch in Österreich ihr Unwesen treibenden Neo-

nazis besteht ebenso wie gegen Karl-Heinz Hoffmann, Führer der berüchtigten Wehrsportgruppe Hoffmann, Einreise- und Aufenthaltsverbot für Österreich. Roeder flüchtet 1977 wegen einer Verurteilung wegen Volksverhetzung aus der BRD und nahm 1978 an einer Führer-Geburtstagsfeier in Brasilien teil, die dann zur Verhaftung des aus Österreich stammenden KZ-Schergen Gustav Wagner führte.

Neben diesen eher unbedeutenden Zusammenschlüssen und Tagungen ist nun der Versuch im Gange, eine Euro-Rechte der großen Parteien der extremen Rechten zu bilden. 1978 fanden mehrere Zusammenkünfte in Rom, Paris, Madrid, verbunden mit Massenkundgebungen, von Führer des Movimente Sociale Italian (Giorgio Almirante), der spanischen Fuerza Nueva (Blas Pinar) und der französischen Partei des Forces Nouvelles statt. Kontakte gibt es zum rechten Flügel der britischen Konservativen und zur National Front, zur CDU/CSU, zum Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands, zur MSI-nahen Gewerkschaft CISONAL sowie zu flämischen und portugiesischen Rechtsparteien; über Österreich-Verbindungen ist noch nichts bekannt. Die Euro-Destra, die sich als Gegengewicht zum Eurokommunismus versteht, beabsichtigt an den kommenden Europawahlen teilzunehmen.

Fließend sind die Übergänge des internationalen Neofaschismus zu reaktionären und nationalkonservativen Rechtskräften. Vor allem die bayrische Christlichsoziale Union (CSU) des Franz Josef Strauß muß als eine wichtige Drehscheibe des internationalen Rechtskartells ange-

sehen werden; von ihr laufen viele Fäden zu den verschiedensten Organisationen. Franz Josef Strauß, dessen ideologische Verwandtschaft mit dem Nationalsozialismus der bekannte Marburger Politologe Reinhard Kühnl in einem Gerichtsgutachten nachgewiesen hat, macht sich zum Verteidiger und Fürsprecher der faschistischen Diktatur in Chile und des Apartheidregimes in Südafrika. Daß die Strauß'sche Politik des Revanchismus und der Spannungsfeindlichkeit nach außen und des autoritären Polizeistaates nach innen für ganz Europa und besonders für das benachbarte Österreich eine eminente Gefahr bedeutet, liegt auf der Hand.

Mit der CSU (F.J. Strauß, Richard Jäger) eng liiert ist die 1952 in Spanien gegründete CEDI (Centro Europeo de Documentación e Informacia), die als eine lose internationale Vereinigung von Rechtskonservativen mit starkem monarchistisch-aristokratischem Einschlag einzustufen ist. Neben Gaullistenführern, US-Rechten um Barry Goldwater, dem Schweizer James Schwarzenbach, Initiator des Anti-Gastarbeiter-Volksbegehrens, finden sich auch einige Österreicher: Josef Klaus, Gerd Bacher, Alfons Dalma, Otto Molden u.a. Unbestrittener ideologischer Führer ist Otto Habsburg, der in seinen Schriften vor allem darlegt, daß die Französische Revolution (und

Revolutionen überhaupt) die Wurzel aller Übel ist und sich als Retter des „christlichen Abendlandes“ vor dem Bolschewismus anbietet. Hinter der CEDI stehen einflußreiche Finanzkreise; so gehörte Josef Hermann Abs, Generaldirektor der Deutschen Bank Köln, ihrem Präsidium an. Als publizistisches Organ dieser Kreise kann die in der Schweiz herausgegebene Zeitbühne angesehen werden, deren Chefredakteur (bis zu seinem kürzlichen Tode) der berüchtigte Kommunistenfresser William S. Schlamm, ein österreichischer Ex-Kommunist, war und wo Otto Habsburg regelmäßig mitarbeitet.

Der politische Ehrgeizling Otto Habsburg, der sich mit Hilfe von rechten Sympathisanten in Bayern und in Niederösterreich die deutsche und die österreichische Staatsbürgerschaft aneignen konnte, wird auch in Zukunft sein gefährliches politisches Spiel treiben. Er will sich auf der CSU-Liste ins Europaparlament wählen lassen und dort Österreich „vertreten“. Von Otto, der 1945 die Regierung Renner beim US-Präsidenten als kommunistisch diffamierte und praktisch die Spaltung des Landes befürwortete, 1955 den österreichischen Staatsvertrag als „Werk der Sowjetunion“ ablehnte und sich von seinen Anhängern immer noch als Herrscher von Österreich titulieren läßt, hat Österreich freilich nichts Gutes zu erwarten.

Die FPÖ

Bei einer Erörterung der rechtsradikalen und deutschnationalen Strömungen in Österreich kann auch die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

nicht außer acht gelassen werden, umso mehr, als opportunistische Rücksichtnahmen vielfach eine kritische Beurteilung dieser Partei hem-

men. Die FPÖ ging 1955/56 aus dem VdCU, einem Sammelbecken von Altnazis, Neonazis, Deutschnationalen und Liberalen, hervor. Der zurückgetretene Parteigründer des VdU, der den liberalen Kräften zuzählende Abgeordnete Dr. Herbert Kraus fällt nach dem Gründungsparteitag der FPÖ im April 1956, folgendes Urteil über die neugeschaffene Partei:

„Das Ergebnis des FPÖ-Parteitages veranlaßt mich, die mir angebotene Kandidatur zur Nationalratswahl abzulehnen und aus der FPÖ auszutreten. Dieser Parteitag war die Bestätigung der lange vorbereiteten „Machtübernahme“ durch einen kleinen Kreis von Rechtsextremisten und ehemaligen Naziführern. Die in der FPÖ verbliebenen gemäßigten Vertreter des VdU sind praktisch zur Bedeutungslosigkeit verurteilt ... Unter dem Titel einer Sammlung auf breiter Basis ist aber nun eine vornehmlich auf die Vergangenheit ausgerichtete Partei auf engster Basis

entstanden. Die offiziellen Erklärungen der FPÖ von „Absage an den Extremismus“ und „Partei der Mitte“ entspringen dem Bedürfnis nach einer sehr notwendig gewordenen Tarnung ...“

Die weitere Entwicklung der FPÖ gab diesen Worten leider nur allzu recht. Die FPÖ bekannte sich in ihrem geltenden Programm noch immer zur „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“, und in den Richtlinien zum Programm wird die österreichische Nation sogar als Erfindung des Jahres 1945 hingestellt. Die FPÖ-Ablehnung des österreichischen Nationalfeiertages bekräftigte FPÖ-Abgeordneter Dr. Otto Scrinzi in der National-Zeitung (23.7.1976): „Wir wollen keinen Nationalfeiertag als Fest einer österreichischen Separatnation.“ Mit der neofaschistischen Deutschen National-Zeitung sind FPÖ-Spitzenfunktionäre eng verbunden: Scrinzi schreibt über Südafrika und Kärnten, FPÖ-Obmannstellvertreter und Altparteigenosse Dr.



Typisches Titeblatt der „Deutschen National-Zeitung“

Tassilo (Freiherr von) Broesigke fungiert als Rechtsvertreter, und der schon mehrfach erwähnte Dr. Roland Timmel, Ehrenobmann der Freiheitlichen Akademikerverbände, erhielt 1976 den „Freiheitspreis“ der National-Zeitung. Als einziger Parlamentsabgeordneter unterzeichnete Otto Scrinzi gemeinsam mit dem berüchtigten Neofaschisten Oberst Rudel und der Hitlerverehrerin Winifred Wagner den Aufruf zur Verjährung der NS-Verbrechen in der National-Zeitung.

Auf die nicht ganz unberechtigte Frage, was ihn von der NDP trenne, antwortete der damalige FPÖ-Obmann Friedrich Peter mehrdeutig: „Mich trennt die Überzeugung, daß diese Splitterpartei in Österreich nicht notwendig ist.“ NDP-Chef Norbert Burger rühmt sich gelegentlich, daß ein Mitglied des FPÖ-Bundesvorstandes im geheimen seiner Partei angehöre – die Vermutung, daß dies der FPÖ-Rechtsaußen Otto Scrinzi, auch Verfechter fragwürdiger Erbgesundheitslehren, sei, ist nicht von der Hand zu weisen. Bei einer Tagung der Deutschen Kulturgemeinschaft 1977 trat Scrinzi gemeinsam mit dem ANR-Führer Dr. Bruno Haas und dem ehemaligen Rosenberg-Mitarbeiter Heinrich Härtle als Referent auf. Bei einem Vortrag Scrinzis über die Minderheitenfrage in der Wiener Universität im Juni 1976 – Veranstalter war der RFS – übernahmen ANR, NDP und die Babenberger den Saalschutz und Rechtsradikale aller Schattierungen bildeten das Auditorium. Doch auch andere FPÖ-Führer pflegen Kontakte zur extremen Rechten. Der niederösterreichische FPÖ-Obmann Dr. Harald Ofner scheute sich nicht, dem bun-

desdeutschen Neofaschistenblatt „Mut“ ein Interview zu gewähren, wobei Konrad Windisch, offenbar ein Bekannter Ofners aus der „nationalen Jugendbewegung“, als Interviewer fungierte. In diesem bemerkenswerten Interview betonte Ofner – unter klarer Distanzierung von der FDP und deren Ostpolitik – den „nationalen“ Charakter der FPÖ und die Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit mit Gruppen und Personen des außerparlamentarischen Raumes freiheitlicher und nationaler Richtung (Mut, 109/1976).

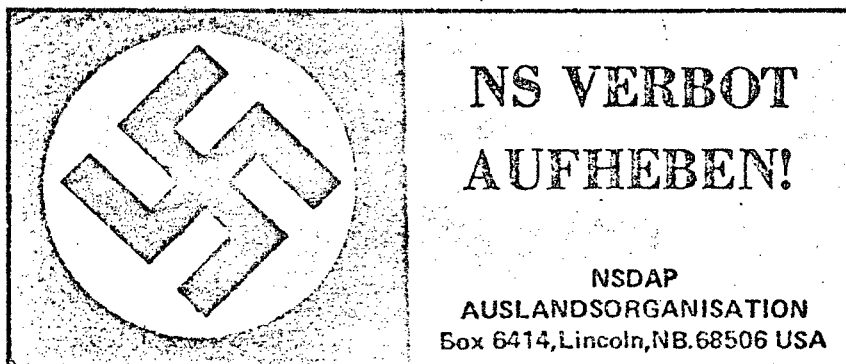
Liberalen Ideen und Kräfte können in der FPÖ nur schwer ausgemacht werden. Der Salzburger Politologe und FPÖ-Jungabgeordnete Dr. Friedrich Frischenschlager muß in einem Artikel über die FPÖ-Programme einräumen, daß in keinem FPÖ-Programm das Wort „liberal“ vorkommt und daß die FPÖ nicht unter die „liberalen Parteien“ eingereiht wird (Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 2/1978). Im Unterschied zur sozial-liberalen FDP kann die FPÖ eher als rechtskonservativ-national qualifiziert werden, wobei einem immer noch dominierenden traditionellen deutschnationalen Flügel jüngere, liberale Kräfte gegenüberstehen. Eine gewisse Tragik liegt freilich darin, daß jener Spitzenfunktionär, der vielleicht willens und in der Lage war, die FPÖ aus dem rechten Getto heraus und auf einen Kurs nach FDP-Vorbild zu bringen, nämlich Friedrich Peter, durch seine Vergangenheit für viele Österreicher ungläubwürdig und untragbar geworden ist. Gerade das Verhalten der FPÖ im Falle Peter, die hundertprozentige Solidarisierung mit dem Angehörigen einer SS-Mordbrigade,

erwies aufs neue, wie wenig diese Partei die Vergangenheit bewältigt hat.

Mit dem Wechsel im Parteivorsitz der FPÖ im September 1978 wurde ein auch in der Öffentlichkeit deutlich sichtbarer Ruck nach rechts vollzogen. An die Stelle des partiell SPÖ-kooperationsbereiten Friedrich Peter trat der an die ÖVP gebundene, scharf antisozialistische Grazer Bürgermeister DDr. Alexander Götz. Schon mit seinen ersten öffentlichen Ausführungen, die von Beleidigungen („Papp im Hirn“) und Unterstellungen („Verfassungsbruch“) gegen Bundeskanzler Kreisky strotzten, setzte Götz ganz bewußt eindeutig Signale. Ältere Menschen fühlen sich an das aggressive Auftreten der Nationalsozialisten erinnert, und die Angst vor der verhängnisvollen Bürgerblockpolitik der Ersten Republik taucht wieder auf. SPÖ-Zentralsekretär Karl

Blecha stellte dazu fest, daß „vierzig Jahre nach der im März 1938 erfolgten Okkupation Österreichs durch Hitlerdeutschland ... der HJ-Jargon des Ex-HJ-Führers Götz mehr als unangebracht“ ist.

Der - SPÖ-Vorsitzende Dr. Bruno Kreisky, der sich jahrelang bemühte, die FPÖ in ein liberales Fahrwasser zu ziehen, schätzt die Götz-FPÖ in einem „profil-Interview“ nun folgendermaßen ein: „profil: ... Es gibt ja auch einen liberalen Nachwuchs in der Partei? Kreisky: Ja, aber deren Versuch, sich durchzusetzen und der Freiheitlichen Partei ein liberales Image zu geben, scheint mir mit der Ära Götz gescheitert. Die FPÖ ist weiterhin ein Mischmasch von alten großdeutschen und deutschnationalen Vorstellungen, gemischt mit ein bisschen einer Spur Antiklerikalismus und sehr viel Konservativismus.“



Ein am 8. 2. 1978 in Wien I, Jordangasse aufgeklebtes Pickerl der NSDAP-AO

Die ÖVP und bürgerliche Randgruppen

Da die Konservativen – im Unterschied zu den Sozialisten – schon einmal im Bunde mit Faschisten die

Demokratie in Österreich zerstört haben, muß auch die Österreichische Volkspartei (ÖVP) auf ihre Distanz

zum Rechtsextremismus untersucht werden. In einer Bilanz, auf deren Positivseite der demokratische Kern der ÖVP steht, wären u.a. folgende Negativpunkte anzuführen: Versuche von Politikern, für die Regierung Dollfuß und Schuschnigg Verständnis aufzubringen, und das Fehlen einer unbedingten, ständig und überall betonten Distanzierung von diesem Regime (das Dollfußbild soll immer noch im ÖVP-Parlamentsklub hängen!); antisemitische Ausfälle von ÖVP-Mandataren, die keine personelle Konsequenzen hatten; zunehmendes Vertreten der Law-and-Order-Ideologie, insbesondere Verteufelung von Reformen Justizministers Brodä; Unterdrückung demokratischer Geschichtsdarstellungen durch ÖVP-beherrschte Landesschulräte; Berufsverbotsforderungen von ÖVP-Gewerkschaftern; fragwürdige internationale Vereinigung mit Franz Josef Strauß und Margaret Thatcher; Ermöglichung der Doppelstaatsbürgerschaft Otto Habsburgs; zunehmendes Dominieren von Parteiinteressen über Staatsinteressen: Anheizung der Minderheitenfrage in Kärnten 1972, Wohlwollen für die gesetzwidrige und wirtschaftsschädliche LKW-Blockade 1978, opportunistische Haltung in der Atomfrage u.ä.; aggressive antisozialistische Propaganda des ÖVP-Geschäftsführers Kurt Bergmann.

Trotzdem wäre es übertrieben zu behaupten, daß die ÖVP als Ganzes schon auf eine rechtskonservative bis rechtsradikale Position gerückt ist. Die Gefahr, daß dies geschieht, ist jedoch vorhanden. In zunehmenden Maße siedeln sich nämlich radikale Gruppen oder Personen am Rande der ÖVP an und werden von ihr zum Teil gefördert. 1971 ermöglichte der

damalige Bundesparteiobermann Dr. Karl Schleiner, gegen heftigen Parteiwiderstand, die Kandidatur der „Unabhängigen“, des ehemaligen SS-Hauptscharführers und Gleisdorfer FPÖ-Bürgermeisters Ing. Rudolf Fischer und des ehemaligen Vorsitzenden der Jungen Front von 1949 Ernst „Graf“ Strachwitz, die das deutschnational-rechte Wählervolk ansprechen sollten.

Diese in der Steiermark beheimatete, deutschnational - rechtskonservative Gruppe besitzt in der Zeitschrift „Neue Ordnung“ ein Organ. Ihre Sympathien gehörten früher Franco-Spanien und Salazar-Portugal, nun der Pinochet-Diktatur in Chile und dem südafrikanischen Rassistenregime, während die Sozialdemokraten als Wegbereiter des Kommunismus verteufelt werden. Der frühere ÖVP-Unterrichtsminister Dr. Heinrich Drimmel reagiert dort seine Frustrationen ab.

Dr. Karl Steinhauser, bekanntgeworden durch die Organisierung der LKW-Blockade 1978, begann seine politische Karriere 1958 mit einem Buch, das ihm eine gerichtliche Verurteilung einbrachte. „Hitlers Ideen“, schrieb der Diktatur-Sympathisant damals, „waren ... objektiv gesehen doch von einem Gehalt, um den ihn der größte Teil unserer sich als „Schlaufüchse“ ausgebenden Politiker beneiden müßte.“ In den siebziger Jahren wurde Steinhauser Ideengeber für konservative Politiker, unter anderem für Ing. Leopold Hellbich, jenem ÖVP-Abgeordneten, der im Wahlkampf 1975 den Kronenzeitungs-Journalisten Georg Novotny mit 100.000 Schilling bestechen wollte und deswegen zurücktreten mußte.

Steinhausers versteht sich nun als der Vorkämpfer gegen die sozialistische Bundesregierung. Seiner Ansicht nach „schlittert Österreich in die totale Wirtschaftspolizei“, „droht dem Mittelstand die totale Versklavung“ und steht die „Umwandlung in ein Volk von staatsabhängigen Lohnsklaven“ bevor – kurzum Österreich auf dem Weg zur Volksdemokratie. Jeder Satz seiner vielen Schriften trieft vor Haß gegen die Arbeiterbewegung: „Kampf dem roten Hai ÖGB“, „Weg mit den Gewerkschaftsbonzen“, „Nieder mit den roten Funktionärskapitalisten“. Steinhausers begnügt sich jedoch nicht mit diesem Wortradikalismus, er versucht die Besitzenden zu Aktionen gegen die Regierung zu mobilisieren. Die von ihm 1977 geschaffene „Gemeinschaft freier Selbständiger“ (GfS) hält „Wehrversammlungen von Selbständigen“ ab, wo den Teilnehmern eingehämmert wird, daß „ein politisches Maschinengewehr geschaffen werden muß“. Wirtschaftskammern und Industriellenvereinigungen sind diesem Falken zu zahm („Bremsen im bürgerlichen Lager“).

Bisheriger Höhepunkt von Steinhausers politischem Wirken war die Durchführung des Fräckerstreiks im Sommer 1978, der generalstabsmäßig geplant war und mit chilenischen Methoden ein Chaos in Österreich erzeugen sollte. Allein der österreichische Fremdenverkehr erlitt dadurch einen Schaden von 500 Millionen Schilling. Dieser organisierten Steuerrebellion sollen nach den Vorstellungen Steinhausers noch größere Aktionen folgen. Mit der LKW-Blockade konnte Steinhausers sein Image des politischen Spinners aufbauen und fand Anerkennung im

bürgerlichen Lager. Der Pressechef der Bundeswirtschaftskammer Helmut Steinacker weiß sich mit ihm in der „Zielsetzung“ einig, und ÖVP-Geschäftsführer Bergmann nennt ihn einen „engagierten Burschen, der nicht beim Heurigen, sondern durch Aktionen auftrumpft“.

Steinhausers neueste „Leistung“ im Atomwahlkampf war die Verunglimpfung von ÖGB-Präsidenten Anton Benya, vor dem auf einem Plakat – wie vor einem gesuchten Verbrecher – als „Agent der international-kapitalistischen Atomindustrie“ gewarnt wurde. Dieses Skandalplakat, gegen das gerichtliche Schritte eingeleitet wurden, erinnert frappant an die „Stürmer“-Methoden der Nazis. Tatsächlich hat Steinhausers auch Kontakte zur neofaschistischen Szenerie, etwa zu Josef Haffner von der Volksbewußten Arbeiterpartei, und die braune „Plan-gemeinschaft Schöneborn“ inseriert in Steinhausers „Österreichischem Blitz“.

Ein anderer rechtsextremer Vorkämpfer im Dunstkreis der ÖVP ist Hans Pretterebner (ÖVP-Mitgliedsnummer D 1314, Delegierter beim ÖAAB-Bundestag 1978), dessen „konservativ-liberales Monatsmagazin“ „Politische Briefe“ nahezu ausschließlich Hetzartikel gegen die SPÖ und die Regierung Kreisky enthalten. Pretterebner greift dabei vornehmlich zum Mittel der persönlichen Diffamierung von SPÖ-Spitzenpolitikern. So ging die Kampagne gegen Vizekanzler Androsch von ihm aus und wurde dann von der ÖVP aufgegriffen, während Bürgermeister Gratz als Alkoholiker hingestellt wird. In einer typischen Pretterebner-

Formulierung heißt es etwa: „Multi-millionär Androsch hat sich als Kreisky-Nachfolger selbst disqualifiziert, aber auch Leopold Gratz, der nunmehrige Kronprinz, kommt in letzter Zeit immer mehr ins Gerede.“

Dem ÖGB wird die „Errichtung einer Betriebsrätediktatur“ unterstellt, der SPÖ -- was sonst? -- die Errichtung einer kommunistischen Volksdemokratie. Gefährlicher als diese Beschimpfungen sind jedoch die von Pretterebner propagierten Steuerwiderstandsparolen. („Nur Steuerstreik stoppt die linke Wühlarbeit“). Die Aktionsgemeinschaft für Steuergerechtigkeit, die u.a. vom steirischen Landesrat und Wirtschaftsbundobmann Anton Peltzmann unterstützt wird, versucht, eine Steuerverweigerungsaktion auf quasi-legaler Grundlage einzuleiten. Dabei geht Pretterebner Hand in Hand mit Steinhauser, der ebenso wie der medizinisch-

astrologische Anti-SPÖ-Kämpfer Dr. med. Heinz Hillmann (recte Fidelsberger) und die satzsam bekannte Dr. Elisabeth Schmitz in den „Politischen Briefen“ schreibt. So wurde die LKW-Streik-Parole „Kreisky und sein Team machen unsere Wirtschaft hin“ bereits einige Monate vorher in Pretterebners Schmutzblatt propagiert.

Es versteht sich von selbst, daß der neue Politstar Alexander Götz Pretterebners Bewunderung findet: „zum erstenmal seit langem ... ein Vertreter bürgerlicher Politik, der sein Geschäft versteht“. Der ÖVP wird in diesem Zusammenhang der Rat gegeben, „den ohnehin schon längst notwendig gewordenen Rechtsruck“ zu vollziehen, um gemeinsam mit Götz gegen die SPÖ ins Feld ziehen zu können.

Gefährliche Thesen verkündet der wegen einer unrühmlichen Affäre aus dem österreichischen Bundesheer entfernte Ex-General Mario Duic. In seinem Buch „Unbewältigte Landesverteidigung“, 1977 im katholischen Grazer Styria-Verlag erschienen, fordert der offenbar politisch ambitionierte Duic Notstandsgesetze, umschrieben als „gesetzliche Regelung der Unterstützung des Bundesheeres durch die zivilen Einrichtungen im Staat und ihre Organe“, insbesondere „umfassende Maßnahmen auf dem Nachrichtensektor“ (sprich Zensur), „Möglichkeiten der öffentlichen Regelung des Lohn- und Preissektors“ (sprich Zwangsschlichtung und Streikverbot), „Arbeitsmarktlenkung nach Verteidigungserfordernissen“ (sprich Arbeitsdienst) und „Maßnahmen für den Übergang auf eine zentral gelenkte Wirtschaft in Krisenfällen“.



Meuchelplakat von Dr. Karl Steinhauser gegen Anton Benya

Rechtsblock in Österreich?

Im Jahre 1973 schlossen ÖVP und FPÖ einen – niemals zugegebenen – Pakt, auf Grund dessen in Klagenfurt ein ÖVP- und in Graz ein FPÖ-Bürgermeister gewählt wurden. Die SPÖ als jeweils stärkste Partei blieb dabei auf der Strecke. Für die FPÖ als schwächste Partei wurde dieses Bündnis zur Grundlage ihres Aufstieges in Graz und in der Steiermark bei den Wahlen 1978. Alexander Götz konnte dadurch an die Spitze der FPÖ treten und diese Partei völlig nach rechts ausrichten. Maßgebliche Kreise in der ÖVP unterstützen diese Entwicklung – trotz eigener Wahlniederlagen und ungeachtet des SPÖ-Angebotes, in Graz einen ÖVP-Bürgermeister zu wählen.

Das aggressive, von einem Teil der „unabhängigen“ Presse bejubelte und von bestimmten Wirtschaftskreisen mit (finanziellem) Wohlwollen gesehene Auftreten von Alexander Götz brachte zweifellos eine neue Qualität in die österreichische Innenpolitik. Worüber 1973 noch gerätselt wurde, darüber kann heute kein Zweifel mehr herrschen: Das ÖVP-FPÖ-Bündnis bedeutet den Versuch maßgeblicher Kreise dieser beiden Parteien, in Österreich einen Bürgerblock aufzubauen, um die Regierungsgewalt zu übernehmen. Genüßlich meldet die neofaschistische National-Zeitung das Gerücht, daß die ÖVP dem „bürgerlichen Junior-

partner“ Götz das Kanzleramt anbietet, um dadurch den Sprung aus der Opposition in die Regierung zu schaffen. Das Ziel einer solchen Bürgerblockregierung mit dem hochgejubelten Götz als „starken Mann“ wäre – wie Bundeskanzler Kreisky erklärte – die Rückgängigmachung der sozialdemokratischen Regierungsleistungen seit 1970 und die Einleitung eines reaktionären Rechtskurses in Österreich. Mit Recht hat daher die SPÖ für die entscheidenden Nationalratswahlen im Oktober 1979 die Parole „Sozialdemokratisch oder reaktionär“ ausgegeben. Der SPÖ-Vorsitzende erklärte auf eine diesbezügliche Frage des Nachrichtenmagazins Profil: „... es wird eine Auseinandersetzung um die Frage: Soll eine sozialdemokratische Politik weitergemacht werden unter Bedachtnahme auf die innenpolitische Realität und die weltpolitische und die weltwirtschaftliche; oder eine Rechtspolitik mit all den Unsicherheiten, die damit verbunden sind? Das wird man den Wählern klarmachen müssen.“

Eine Bürgerblockregierung wird von allen rechtsradikalen Gruppen in Österreich befürwortet, weil man sich davon eine Verschiebung des politischen Gewichts nach rechts und damit bessere Aktionsmöglichkeiten als unter einer SPÖ-Regierung verspricht. In diesem Sinne kann man von einem drohenden Rechtskartell in Österreich sprechen.

Faschistoide Einstellung in Teilen der Bevölkerung

Die rechtsradikalen Gruppen stellen trotz ihrer organisatorischen Schwäche nicht zuletzt deshalb eine latente Gefahr dar, weil es bestimmte Einstellungen und Vorurteile in breiten Bevölkerungskreisen gibt, die rechtsradikaler Ideologie entsprechen und daher politisch nutzbar gemacht werden können. Da die Träger dieser Einstellungen nicht faschistischen Organisationen angehören und sich des faschistischen Charakters solcher Meinungen nicht bewußt sind, ist hier der Ausdruck faschistoid am Platze. Diese faschistoiden Bewußtseinsinhalte können einerseits als Relikte austrofaschistischer, besonders aber nationalsozialistischer Propaganda und Ideologie angesehen werden – hier kommt die Problematik der schlecht bewältigten NS-Vergangenheit zum Ausdruck; andererseits finden sich Fremdenhaß, Minderheitenfeindschaft, Aggressionstendenzen, Autoritätsdenken und dergleichen auch in Staaten ohne faschistische Vergangenheit als Niederschlag aktueller gesellschaftlicher Konflikte bzw. als anerzogene Vorurteile.

Faschistoide Einstellungen sind durch zahlreiche empirische Untersuchungen nachgewiesen; insbesondere für den Antisemitismus liegt brauchbares Zahlenmaterial vor. Laut einer IFES-Untersuchung 1969 gab es auf die Feststellung „Die Juden gehören ihrer Abkunft nach einer anderen Rasse an – und das läßt sich nie völlig verleugnen“ bzw. „Eine

gewisse Ablehnung der Juden ist in Österreich allgemein verbreitet“ 77 % bzw. 70 % zustimmende Antworten. Eine Mehrheit fand auch das Stereotyp, daß die Juden besondere Macht und Einfluß im Geschäftsleben haben und Nichtjuden ausschalten. Starke Minderheiten zeigen Verständnis für die NS-Maßnahmen bzw. für diskriminierende Maßnahmen gegen Juden. Bemerkenswerterweise herrscht dort der stärkste Antisemitismus, wo es überhaupt keine Juden mehr gibt („Antisemitismus ohne Juden“). Allerdings zeigt sich von 1946 bis 1973 doch ein erstaunlich deutlicher Rückgang antijüdischer Einstellung. Dieser positiven Entwicklung steht wiederum die unerfreuliche Tatsache gegenüber, daß sich – sozusagen als Ersatzantisemitismus – die Vorurteile auf neue Minderheiten und Randgruppen verschoben haben: Auf Slowenen, Gastarbeiter („Tschuschen“), Langhaarige und dergleichen.

Eine jüngste Untersuchung des Institut für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte der Universität Linz (Dr. Josef Weidenholzer) zeigt alarmierende Werte von antidemokratischen Einstellungen in staatstragenden Berufsgruppen (Ärzte, Geistliche, Lehrer, Exekutivbeamte und Politiker). Die Formel „Statt Gesetzen und Programmen starke Männer“ wurde von 60 % der Exekutivbeamten, 58 % der Geistlichen, 39 % der Ärzte und je 31 % der Lehrer und Politiker positiv bewertet; 41 % und immerhin jeder vierte Politiker wür-

den „einen kleinen Hitler“ begrüßen. 77 % aller Befragten werden Verbrecher zu milde behandelt (Exekutivbeamte 97 %), von ihnen wollen etwa 77 % die Todesstrafe für Terroristen und 63 % die Prügelstrafe für Sexualmörder. Während 76 % die Demokratie von links bedroht sehen, meinen 64 %, daß von Neonazismus in Österreich keine Rede sein kann. 30 % wird die Hitlerzeit zu negativ dargestellt (47 % Exekutive, 30 % Politiker). Unter die Vergangenheit sollte endlich ein Schlußstrich gezogen werden, Kriegsverbrecherprozesse eingestellt und Kriegsverbrecher wie Reder und Heß freigelassen werden (73 % bzw. 78 % Zustimmung). 17 % zogen das demokratische Prinzip in Frage (Gleichheit Putzfrau – Akademiker bei der Wahl); am stärksten ist dieser Anteil bei den Ärzten (34 %), denen in unserer Demokratie am meisten die Stärke der SPÖ mißfällt. Über 40 % (Ärzte 50 %) wollten, daß Angehörige gehobener Schichten vor Gericht besser beurteilt werden (Klassenjustiz). Professor Anton Pelinka bezeichnet diese Vorurteilsstruktur als „faschistisches Syndrom“ und sieht darin eine latente Gefahr für die Demokratie.

Dazu kommt ein weiterer nicht ungefährlicher Faktor: Die Möglichkeit der Manipulation der Bevölkerung

durch die Massenmedien. Der Kronen-Zeitungs-Kolumnist „Staberl“ etwa, gewiß kein Nazi oder bewußter Faschist, trägt durch seine Schreibweise viel dazu bei, Vorurteile in der Bevölkerung zu wecken bzw. bestehende Vorurteile zu vertiefen. Der vom Bacher-ORF inszenierte Schranz-Rummel während der Olympischen Spiele 1972 offenbarte drastisch, wie leicht es den Medien fällt, Zehntausende für eine nichtige – in diesem Fall harmlose – Sache zu mobilisieren und eine Welle des Hasses (gegen IOC-Präsidenten Brundage, gegen Mautner-Markhof u.a.) hervorzurufen. Zurecht verglichen viele Österreicher diese Massenhysterie mit jener vom März 1938; selbst ein seriöser Wissenschaftler wie der Psychiatrieprofessor Erwin Ringel zog diesen Vergleich, insofern als hier die gleiche Manipulation und die gleiche Emotionalisierung und Irrationalisierung am Werke waren.

Ein Zusammenspiel aller dieser Faktoren: Rechtsradikale politische Einflüsse, faschistoide Einstellungen in der Bevölkerung, Manipulation durch die Massenmedien und die weitverbreitete Unkenntnis über den Faschismus, könnte enorme Gefahren für die demokratische Entwicklung heraufbeschwören.

Die Gefahren von rechts und ihre Bekämpfung

Sind die rechtsradikalen Strömungen für Österreich, für das demokratisch-parlamentarische System eine Gefahr? Im Hinblick auf die positive

Aufwärtsentwicklung der letzten dreißig Jahre, auf die gegenwärtige stabile wirtschaftliche und politische Situation in Österreich und auf die

machtpolitischen Verhältnisse in Europa könnte man mit ruhigem Gewissen antworten: Nein! Eine Wiederholung des historischen Faschismus, ein Durchbruch der neofaschistischen Kräfte zur Bedeutung oder gar zur Macht scheinen einem realistischen Beurteiler ausgeschlossen. Trotz der Vermehrung der Organisationen und Publikationen des rechtsradikalen Lagers werden der Kreis und die potentielle Basis seiner Anhängerschaft zunehmend geringer. Nicht nur das natürliche Aussterben der ehemaligen NS-Anhänger, sondern vor allem die im großen und ganzen pro-österreichische und pro-demokratische Erziehungsarbeit an den Schulen und Hochschulen rottet die vom Elternhaus herkommende traditionelle deutschnationale und faschistische Gesinnung aus. Ein unübersehbares Indiz bildet die rapid abnehmende Bedeutung des RFS auf Hochschulboden (Rückgang von ca. 30 % auf 8 %), der noch 1965 Massen von Studenten für Professor Borodajke-wyc mobilisieren konnte.

Die historische Erfahrung lehrt, daß faschistische Regime meist dann aufgerichtet werden, wenn die kapitalistische Gesellschaft in die Krise oder ins Wanken gerät, wenn die Privilegien und Profite der Herrschenden in Gefahr kommen. Ein Musterbeispiel dafür bot Chile, wo sich 1973 das vordem als demokratisch gepriesene Bürgertum und die Armee mit den faschistischen Schlägertrupps zum blutigen Sturz der sozialistischen Regierung Allende verbanden. Es wäre vermessen, für alle Zukunft zu erwarten, daß Österreich eine „Insel der Seligen“ bleiben wird. Wirtschaftliche Schwierigkeiten

zeichnen sich ab, und es gibt keine Garantie für eine sozialistische Regierung auf Dauer. Wenn sich nennenswerte gesellschaftliche Kräfte in Österreich auf eine autoritäre oder faschistische Entwicklung orientieren und Instabilität in Mitteleuropa eintritt – zwei Voraussetzungen, die derzeit nicht gegeben sind – dann können die heute belächelten faschistischen Kleingruppen zur realen Gefahr anwachsen, dann schlägt die Stunde für die Schlägertrupps der ANR, für die Ratgeber vom Schlage eines Dr. Karl Steinhäuser und für die ausländischen Hintermänner um Franz Josef Strauß und Otto Habsburg. Eine solche Rechtsentwicklung, die dann eine gefährliche Eigendynamik bekäme (siehe Dollfuß 1932), könnte durch die Aufrichtung eines Bürgerblocks in Österreich eingeleitet werden.



Typisches Titelblatt von Pretterebners „Politischen Briefen“

Damit stellt sich die Frage: Was können und sollen Antifaschisten,

Demokraten, Sozialisten gegen die rechtsradikalen Gefahren tun? Es genügt nicht, sich auf die Gesetze und die Behörden, auf die staatliche Repression, zu verlassen – selbst wenn diese von sich aus und mit der notwendigen Rigorosität vorgehen. Die Bekämpfung von autoritärem und faschistischem Geist ist auch eine politische und ideologische Aufgabe – sowohl für die demokratischen Parteien und Organisationen, insbesondere für die Sozialdemokratie, als auch für den einzelnen Staatsbürger. Zahlreiche Beispiele bis in die jüngste Zeit beweisen, wie durch entschlossenes Auftreten von Antifaschisten rechtsradikale Provokationen schon im Keime zunichte gemacht werden konnten – etwa das internationale Jungfaschistentreffen in Bregenz 1975, die Feier „1000 Jahre deutsche Ostmark“ in Graz im Mai 1976 oder der „Tag der deutschen Einheit“ am 17. Juni 1978 in Wien.

Antifaschismus kann sich aber heute nicht im Verneinen, in der Gegenaktion erschöpfen. Zweifellos kommt der Erziehung, der Aufklärung über Ursachen, Wesen und Folgen des Faschismus, über Humanität, Christentum und Sozialismus eine zumindest ebensolche Bedeutung zu. Hier hat das Unterrichtsministerium durch die Einführung des Prinzips „Politische Bildung“ im Schulunterricht einen wichtigen Markstein gesetzt. Autoritäre und faschistoide Einstellungen müssen überwunden

werden durch die Einübung demokratischer Verhaltensweisen, die freilich nicht oder nicht nur durch theoretische Vermittlung allein, sondern in erster Linie durch die Praxis, durch Beispiel, Vorbild und Erfahrung, zustande kommen. Nur wenn der einzelne innerlich von der Überlegenheit der Demokratie gegenüber autoritären und faschistischen Systemen überzeugt ist, nur wenn dieser Unterschied in seinem täglichen Leben fühlbar ist, dann wird er gegen faschistische und undemokratische Einflüsse immun.

Eine dauernde Überwindung faschistischer Gefahren kann freilich nur dann erfolgen, wenn die gesellschaftlichen Wurzeln faschistischer Herrschaft, wenn Kapitalismus und Imperialismus mit ihren Widersprüchen und Ungerechtigkeiten, ihren Kriegen und Krisen beseitigt sind. Und in diesem Sinne leistet die seit 1970 im Amt befindliche sozialistische Regierung einen wichtigen Beitrag, wenn sie sich im Sinne des neuen Parteiprogramms für die Verwirklichung von Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität, für die Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, für den Abbau hierarchischer Strukturen und undemokratischer Verhältnisse, für die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft einsetzt. In der von den Sozialisten angestrebten Gesellschaft der sozialen Demokratie wird das Problem des Faschismus der Vergangenheit angehören.

Im Zuge eines Privatanklageverfahrens wurde auf Antrag des Privatanklägers unter anderem auch im Zentralsekretariat der SPÖ eine Hausdurchsuchung vorgenommen, obwohl die SPÖ weder Herausgeber, noch Drucker, noch Verleger, der betreffenden Broschüre ist.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Justiz die nachstehende

A n f r a g e :

- 1.) Ist Ihnen bekannt, auf Grund welcher tatsächlichen Feststellungen und rechtlichen Überlegungen die oben geschilderten richterlichen Verfügungen und Veranlassungen getroffen wurden?
- 2.) Mit welchem konkreten Rechtsschutzbedürfnis kann die versuchte Beschlagnahme einer Broschüre gerechtfertigt werden, die vor einem Jahr erschienen und ausgeliefert wurde?

Der große Mangel an der Informationsflut in den Medien ist es ja, daß viele, oft gar nicht so wichtige Detailmeldungen den Blick für Zusammenhänge verstellen. Hier will unsere neue Reihe ansetzen: Hier werden aktuelle Probleme einmal unter einem anderen Gesichtspunkt behandelt. Hier wird hinter die Kulissen geleuchtet, hier werden Zusammenhänge dargestellt.

Faschismus, das ist nicht nur ein Thema der Geschichte. Die Gefahr von rechts ist auch heute aktuell – wenn auch in neuer Form. Rechtsradikale Splittergruppen sind ebenso eine Herausforderung für die Demokratie und eine Gefahr wie die unleugbaren Sympathien vieler Konservativer für faschistisches Gedankengut.